

*Hoorn, Heike van: Neue Heimat im Sozialismus. Die Umsiedlung und Integration sudetendeutscher Antifa-Umsiedler in die SBZ/DDR.*

Klartext, Essen 2004, 373 S.

Die Erforschung von Hintergründen und Praxis der Zwangsausiedlung und Verreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bildet seit geraumer Zeit ein zentrales Thema der Geschichtsschreibung über die deutsch-tschechischen Beziehungen. Umso bemerkenswerter ist es, dass ein Aspekt dieses Prozesses lange Zeit weitgehend unbeachtet blieb: Der Transfer von rund 50 000 so genannten Antifa-Umsiedlern in die SBZ/DDR in den Jahren 1945 und 1946. Vor allem Jan Foitzik widmete sich 1983 intensiver diesem aus seiner Sicht für den Aufbau der neuen SED-Strukturen bedeutsamen „Kadertransfer“ überwiegend sudetendeutscher Kommunisten – freilich ohne damals Zugang zu ostdeutschen, sowjetischen oder tschechischen Dokumenten zu besitzen.<sup>1</sup> Heike van Hoorn hat auf der Basis in erster Linie ostdeutscher Akten eine Dissertation verfasst, die nun gedruckt vorliegt und Licht auf dieses zu Unrecht vernachlässigte Kapitel deutsch-tschechischer und deutsch-deutscher Beziehungen wirft.

Van Hoorn möchte nun unter anderem klären, ob es sich bei dieser – nach dem SMAD-Chef Georgi Konstatinowitsch Schukow auch „Schukow-Aktion“ genannten – Maßnahme tatsächlich um eine zielgerichtete Unterstützungsaktion für die ostdeutschen Kommunisten handelte und ob diese eine entsprechende Wirkung entfaltete. Sie weist nach, dass sich hinter dem auf den ersten Blick einvernehmlich zwischen KPD und KPTsch vereinbarten und schließlich mit Genehmigung der SMAD realisierten Transfer ein anderes Motiv verbarg: Angesichts der deutschfeindlichen Haltung in der ČSR sahen selbst viele kommunistische und sozialdemokratische Antifaschisten kaum eine andere Lösung als die Übersiedlung in eine der deutschen Besatzungszonen. Die von der Prager Regierung als Unterstützungsmaßnahme verkaufte Aktion war somit für viele Menschen keine freiwillige Entscheidung, ihren deutschen Genossen hilfreich zur Seite zu stehen. Eher hofften sie, mit einem größeren Teil des eigenen Besitzes ausreisen und eine neue Zukunft aufbauen zu können als das Gros der Vertriebenen. Zugleich wollten damit allerdings sowohl die sudeten- und ostdeutschen Organisatoren als auch zahlreiche Antifa-Umsiedler dem demokratischen Neuaufbau in Deutschland dienen.

Auch wenn van Hoorns Aussage, die meisten der rund 50 000 Antifa-Umsiedler seien nicht für den politischen Einsatz in der SBZ verwertbar gewesen, wegen der in dieser Zahl enthaltenen Familienangehörigen zu relativieren ist: Der größte Teil der Umsiedler sollte in der Tat dem allgemeinen Arbeitsmarkt zugeführt und nicht in der KPD tätig werden. Doch, so die Überlegung der Parteiführung, könnten diese Menschen in Gebieten mit geringem Rückhalt für die Kommunisten eine politische Wirkung entfalten. Ob und wie diese Rechnungen aufgingen, welche Erwartungen die Neankömmlinge hatten und wie sie in ihrer neuen Heimat integriert wurden, wird anschließend ausführlich erörtert. Dabei geht van Hoorn davon aus, dass diese

---

<sup>1</sup> Foitzik, Jan: Kadertransfer. Der organisierte Einsatz sudetendeutscher Kommunisten in der SBZ 1945/46. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 31 (1983) 308-334.

große Personengruppe keineswegs homogen war und differenziert analysiert werden muss. Gerade in dieser Frage ist van Hoorns Studie denn auch besonders interessant.

Die meisten Antifaschisten sahen sich mit den Schwierigkeiten konfrontiert, denen andere „Umsiedler“ ebenfalls gegenüberstanden: Mängel bei der Arbeitslenkung, fehlender Wohnraum, Ablehnung von Seiten der Einheimischen. Schnell wurden sie als Helfershelfer des Besatzungsregimes bzw. der Kommunisten betrachtet, manchmal auch als „Tschechen“ beschimpft. Vor diesem Hintergrund ist es offensichtlich, dass ihre Möglichkeiten zur ideologischen Beeinflussung begrenzt waren. Der größte Teil der Antifa-Umsiedler kam nach Sachsen-Anhalt und Thüringen, weniger nach Mecklenburg und Brandenburg, während das grenznahe Sachsen nicht als Aufnahmeland vorgesehen war. Dieses Misstrauen gegenüber den Neuankömmlingen war begründet, denn tatsächlich wünschten sich viele von ihnen angesichts negativer Erfahrungen bald eine Rückkehr in die alte Heimat, womit sie an der Grenze zur Tschechoslowakei einen Unruheherd gebildet hätten.

Die fundierte Darstellung der enttäuschten Hoffnungen vieler Antifa-Umsiedler wirft ein bezeichnendes Licht auf die Realitäten in der SBZ. Zwar knüpften Partei und Umsiedlerbehörden „ein eigenes integrationspolitisches Netzwerk“ (S. 211), um diese Personengruppe beruflich zu integrieren. In der Praxis haperte es damit aber wegen einer oft schematischen Vorgehensweise, was manchmal auch erneute Binnenumsiedlungen zur Folge hatte. Nur an wenigen Stellen lässt sich eine punktuelle Bevorzugung der Antifa-Umsiedler feststellen: bei der Vergabe von Bodenreformland und bei Umsiedler-Genossenschaften, bei Letzteren vor allem wegen des gewünschten Wiederaufbaus sudetendeutscher Industriezweige. Doch auf dem Bodenreformland wurden ohnehin nur wenige Antifa-Umsiedler ansässig, da der überwiegende Teil der Arbeiterschaft entstammte. Die Genossenschaften wiederum verloren als schwer zu kontrollierende Einrichtungen der Selbstorganisation bald die Unterstützung der ostdeutschen Führung.

Gerade von einem gut bekannten Phänomen blieben die Umsiedler nicht verschont: Viele von ihnen hatten gegen alte und sich neu formierende regionale Netzwerke – besonders auch innerhalb der örtlichen SED-Apparate – zu kämpfen, die sich gegenüber den Neuankömmlingen um Besitzstandswahrung bemühten. Daher findet sich in vielen von van Hoorn zitierten Beschwerdebriefen denn auch der nachdrückliche und vielleicht auch oft selbstbetrügerische Hinweis auf die „freiwillige“ Umsiedlung in die SBZ/DDR, die erfolgt sei, um den Genossen im neuen Deutschland zu helfen.

Allerdings bezieht sich ein großer Teil der Arbeit auf die ersten Jahre unmittelbar nach der Ankunft. Dass sich in dieser Zeit erhebliche Schwierigkeiten ergaben, ist kaum verwunderlich. Da insbesondere statistische Dokumente fehlen, lässt sich nur schwer nachvollziehen, was aus den Umsiedlern in den späteren Jahrzehnten wurde und wie ihre Integration langfristig gelang. Van Hoorn versucht diesem Quellenproblem auf drei Wegen zu begegnen: Zunächst liefert sie eine Analyse der Gruppe der Spitzenfunktionäre, dann schildert sie ein fast ausschließlich von Antifa-Umsiedlern bewohntes Dorf in Brandenburg und schließlich präsentiert sie Ergebnisse autobiographischer Interviews.

Auf diese Weise erhellt sich das Bild von den Antifa-Umsiedlern weiter. Dabei zeigt auch van Hoorns Untersuchung, dass ein erheblicher Teil ehemaliger deutschsprachiger KPTsch-Funktionäre in der SBZ/DDR eine bemerkenswerte Karriere machte – vor allem diejenigen unter ihnen, die sich während des Krieges in der Moskauer Emigration aufgehalten hatten. Also lag Foitzik mit seinem Begriff „Kadertransfer“ nicht falsch, zumal die Genossen gerade in wichtigen Bereichen wie den internationalen Beziehungen und der Sicherheitspolitik tätig und inhaltlich häufig mit Aufgaben der Ideologie, Agitation, Propaganda und Parteikontrolle betraut waren. Damit hätten sie, so van Hoorns Schlussfolgerung, „sicherlich zur Stalinisierung der SED beigetragen“ (S. 226).

Liefert van Hoorn somit interessante Ergebnisse zur Präsenz sudetendeutscher Spitzenfunktionäre im außenpolitischen und sicherheitspolitischen Bereich, so ist die Darstellung des Mikrokosmos des Dorfes Zinna/Neudorf eine Mikrostudie über das Schicksal derer, die nicht im Rampenlicht standen. Gleichwohl repräsentieren die Dorfbewohner aufgrund der besonderen Situation des Ortes nicht das Schicksal des Großteils der „Umsiedler“. Die acht lebensgeschichtlichen Interviews erlauben es schließlich, einen sehr persönlichen und eindrucksvollen Einblick in einige Lebenswege zu gewinnen.

Van Hoorn bietet somit eine informative Einsicht in ein fast vergessenes Kapitel deutsch-tschechischer Geschichte. Die differenzierte Darstellung dieser vielschichtigen Personengruppe gelingt nicht zuletzt deswegen, weil sie verstärkt auf Quellen aus regionalen Archiven und die erwähnten lebensgeschichtlichen Interviews zurückgreift. Eine Studie über die 80000 mehrheitlich sozialdemokratischen Antifa-Umsiedler, die in die westlichen Besatzungszonen gingen, wäre nun ebenfalls wünschenswert.